Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12620**

18. Wahlperiode 01.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Roland Claus, Stefan Liebich, Dr. Gesine Lötzsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/8130 –

Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, einen Gesetzentwurf für einen kompletten Umzug aller in Bonn verbliebenen Teile von Bundesministerien bis etwa zum Jahr 2020 nach Berlin vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/8130 abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2017

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bärbel Höhn
Vorsitzende

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichterstatter

Michael Groß
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Volkmar Vogel (Kleinsaara), Michael Groß, Caren Lay und Christian Kühn (Tübingen)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/8130** wurde in der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 2016 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. einen Entwurf für ein Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz vorzulegen, das den jetzigen Zustand der Zweiteilung der Regierung zwischen Berlin und Bonn endgültig aufhebt;
2. einen Umzugsplan für alle Bundesministerien aufzustellen, nach dem bis etwa zum Jahr 2020 die Zusammenführung der Bundesministerien in Berlin erfolgen soll;
3. in Zusammenarbeit mit dem Senat der Bundeshauptstadt Berlin eine Machbarkeitsstudie zur Verlegung der Bundesministerien mit Erstsitz und Zweitsitz aus der Bundesstadt Bonn in die Bundeshauptstadt Berlin zu erstellen;
4. von dem Umzug jene Einrichtungen auszunehmen, die
   a) in ihrem Wirken ausdrücklich mit der Region Köln/Bonn verbunden sind (z. B. Haus der deutschen Geschichte);
   b) durch die Anwendung moderner Kommunikationsmittel ihre Funktion gegenüber der Bundesregierung ohne Einschränkung erfüllen können (z. B. Bundeszentralregister);
5. einen Entwurf für ein Begleitgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz vorzulegen, das bei konsequenter Wahrung des Mitbestimmungsrechts der Belegschaften alle personalrechtlichen Konsequenzen des Berlin/Bonn-Gesetzes regelt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 120. Sitzung am 31. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/8130 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 107. Sitzung am 31. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/8130 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 18/8130 in seiner 120. Sitzung am 31. Mai 2017 abschließend ohne Debatte beraten. Dabei wurde auch eine Petition auf Ausschussdrucksache P-18(16)10 in die Beratung einbezogen, zu der der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 Absatz 1 Satz 2 GO-BT angefordert hatte.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/8130 abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2017

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichterstatter

Michael Groß
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.